

Irrweg im Konzerninteresse

Berlin kauft seine teilprivatisierten Wasserbetriebe komplett zurück. Aktivisten protestierten dagegen

Benedict Ugarte Chacón

Während draußen die Aktivisten des Berliner Wassertischs (berliner-wassertisch.net) protestierten, beschloß das Berliner Abgeordnetenhaus am Donnerstag abend vergangener Woche den Rückkauf von 24,9 Prozent der Anteile des französischen Konzerns Veolia an den Berliner Wasserbetrieben. Diese waren 1999 zu 49,9 Prozent an ein Konsortium aus RWE und Vivendi (heute Veolia) verkauft worden. Seit dieser Teilprivatisierung stiegen die Wasserpreise um rund 35 Prozent. Im Jahr 2011 hatte der Wassertisch einen Volksentscheid initiiert, um die bis dahin geheimen Privatisierungsverträge offenzulegen. Veolia soll nun 590 Millionen Euro erhalten.

Bereits im Herbst letzten Jahres hatte das Land die Anteile von RWE zu einem Preis von 658 Millionen Euro zurückgekauft. Finanziert werden soll das Ganze über von den Wasserbetrieben aufzunehmende Kredite. Da diese eine Laufzeit von 30 Jahren haben und mittels der Gewinne der Wasserbetriebe getilgt werden sollen, besteht wohl keine Aussicht auf deutlich sinkende Wasserpreise oder eine andere Art der Gewinnverwendung. Die Oppositionsfraktionen von Linke, Piraten und Grünen stimmten am Donnerstag gegen das Geschäft mit Veolia. Sie kritisierten, daß mit diesem Rückkaufmodell keine deutliche Wasserpreissenkung möglich sei und die bisher an die Konzerne gezahlten Gewinne nun in den Landeshaushalt fließen sollen. Auf einen Teil der Gewinne will Berlin allerdings nach Angaben des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) ab dem kommenden Jahr verzichten, um so eine Preissenkung herbeizuführen. Zuvor hatte das Bundeskartellamt die Berliner Wasserpreise als überhöht eingestuft.

Ob mit der Rekommunalisierung tatsächlich eine Veränderung in der Geschäftspolitik einhergeht, ist zu bezweifeln. Der noch von Veolia eingesetzte Vorstandsvorsitzende Jörg Simon soll jedenfalls im Amt bleiben. Den Vorsitz des Aufsichtsrats soll in der nächsten Zeit Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) von Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) übernehmen. Die ehemalige SPD-Abgeordnete Gerlinde Schermer, die 1999 gegen die Teilprivatisierung gestimmt hatte und sich nun beim Wassertisch engagiert, kritisierte die bisherige Privatisierungspolitik als »Irrweg, den alle Berliner mit mißbräuchlich überhöhten Wasserpreisen und unterlassenen Investitionen zu bezahlen gezwungen worden sind. Mit den ebenfalls nachweisbar überhöhten Rückkaufpreisen für RWE und Veolia handelt auch die jetzige Landesregierung noch einmal nur im Interesse der Konzerne.«

Laut Berechnungen der Initiative hat allein Veolia zwischen 1999 und 2012 insgesamt 930 Millionen Euro an Gewinnen kassiert. Der Wassertisch kritisiert zudem, daß gleichzeitig auf Ausgaben für Erhalt und Sanierung des Wassernetzes verzichtet wurde. Dies hätte in den Rückkaufpreis einberechnet werden müssen, der deshalb deutlich zu hoch liege. Die künftigen Betriebe müßten demokratisch und transparent geleitet werden. Zudem dürfte der Rückkauf kein Vorwand für Lohnsenkungen oder Arbeitsplatzabbau sein. Unter dem Dach der Wasserbetriebe soll künftig auch das von SPD und CDU ins Leben gerufene Stadtwerk agieren. Die Koalition hatte in einer übereilten Aktion wenige Tage vor dem Volksentscheid

zur Gründung eines Stadtwerks und Übernahme der Energienetze am 3. November eine Gegeninitiative durchs Abgeordnetenhaus gepeitscht und damit aus Sicht der Opposition gegen parlamentarische Regeln verstoßen.